

BIG Business Crime

Rechtslibertäre auf dem Vormarsch?

von Joachim Maiworm

Elon Musk, engster Buddy von US-Präsident Trump, und Vizepräsident J.D. Vance zeigten während des Bundestagswahlkampfes offen ihre Sympathien für die AfD – Vance am Rande der letzten Münchner Sicherheitskonferenz bei einem Treffen mit Parteichefin Alice Weidel, Musk bei einer Online-Diskussion mit ihr, wo er erklärte, nur die AfD könne Deutschland retten. Soll heißen, auch Deutschland täte gut daran, nach dem Prinzip Kettensäge alle staatlichen Institutionen zu zerlegen, die noch einem sozialen Auftrag folgen.

Die bisherige Politik der Trump-Regierung selbst sorgt zurzeit noch für Verwirrung. Einerseits wird der Beginn eines brachialen Umbaus zu einem autoritären starken Staat festgestellt, andererseits die Zurichtung des Staates zum reinen Instrument

des Kapitals, so dass er sich in Teilen selbst abschafft. Letzteres wäre eine Entwicklung ganz im Sinne der rechtslibertären Ideologie, die in Deutschland weitgehend unbekannt ist, in den USA aber zum Mainstream des politischen Diskurses gehört – und gerade deutlich Rückenwind bekommt. Die Libertären, die es mit Musk und dem Großinvestor Peter Thiel als Unterstützer von Vizepräsident Vance bis an die Schalthebel der Macht geschafft haben, weisen zwar verschiedene Schattierungen auf. Alle aber lehnen den Staat ab und zeigen mehr oder weniger ausgeprägt ihre Demokratiefeindschaft [1]. Was die einen nicht davon abhält, geschäftlich von Regierungsaufträgen und staatlichen Subventionen zu profitieren, während andere als Professoren an staatlichen Universitäten ihre Agenda verbreiten.

So zählen zum Beispiel Elon Musk und der argentinische Präsident Javier Milei vor allem Murray Rothbard und dessen Schüler Hans-Hermann Hoppe zu ihren rechtsgestrickten libertären Vorbildern und Impulsgebern. Der 1995 verstorbene US-Ökonom Rothbard entwickelte eine besonders radikale Version des Libertarismus, von ihm selbst als „Anarchokapitalismus“ bezeichnet. Staaten betrachtete er als organisiertes Banditentum, denn die Erhebung von Steuern sei nichts weiter als Diebstahl. Die staatliche Infrastruktur sollte komplett privatisiert, das soziale Sicherheitsnetz schlicht abgeschafft werden. Das gesellschaftliche Leben würde nach seiner Vorstellung allein auf vertraglichen Beziehungen zwischen freien Individuen basieren. Ganz nach dem Motto: Aus Bürgern mit Rechtsansprüchen gegenüber einem Staat werden Klienten verschiedener Dienstleister [2]. Rothbards politische



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

zu den Widersprüchen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unter kapitalistischen Vorzeichen gehört es, dass auch Unfälle, Krankheiten und Katastrophen das Bruttosozialprodukt steigern, weil sie Beschäftigung generieren und den Wirtschaftskreislauf stärken. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch Rüstung und Krieg wachstumsfördernd, ja geradezu ein Konjunkturprogramm.

Das hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) dazu bewogen, aus aktuellem Anlass einmal die positiven Wirkungen eines Nach- und Aufrüstungsprogramms zu berechnen. Es kam zu dem Schluss, dass durch eine Steigerung der entsprechenden Ausgaben in der EU von zwei auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sich eine Zunahme des Wirtschaftswachstums zwischen 0,9 und 1,5 Prozent erreichen ließe.

Für den Bundeshaushalt hieße das: Die Ausgaben für die Bundeswehr müssten von 86 Milliarden auf 150 Milliarden steigen. Was die Finanzierung betrifft, riet das IfW von Steuererhöhungen ab – beispielsweise höheren Steuern für die Reichen, was Sozialverbände und Gewerkschaften seit langem fordern. Höhere Steuern hätten kontraproduktive Wirkungen für das Wachstumsziel. Stattdessen wurde ein „Sondervermögen“ gefordert, um die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse zu umgehen.

Der Begriff suggeriert, dass es sich nicht um Schulden handelt. Er soll die Frage, wer die Zeche letzten Endes zu zahlen hat, gar nicht erst aufkommen lassen.

In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau vom 3. März 2025 mit dem Titel „Waffen sind nicht nachhaltig“ stellte der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel zur Studie des IfW fest: „Die Botschaft erinnert an den in den 50er Jahren in den USA propagierten Rüstungs-Keynesianismus.“

Der soll nun mit dem unbegrenzten Aufrüstungsprogramm der schwarz-roten Koalition verwirklicht werden, flankiert und legitimiert durch 500 Mrd. Euro „Sondervermögen“ für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur.

Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat es unnachahmlich auf den Begriff gebracht: „Was nützt die Schuldenbremse, wenn der Russe vor der Tür steht?“

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

Philosophie basiert auf einem individualistischen Naturrechtsgedanken und zielt damit auf die faktische Abschaffung der Staatsgewalt. Die Freiheitsrechte der Individuen gründen danach auf ihrem Eigentum, das der Verfügung eines Staates prinzipiell entzogen bleibt. Vielmehr erweist sich der demokratische Staat, wie alle anderen Staatsformen auch, als Hauptaggressor gegen die natürlichen Rechte der Individuen.

Für diese Denkschule, die jegliche staatliche Legitimität bestreitet, steht auch der heute 75-jährige Hans-Hermann Hoppe, der 1974 bei Jürgen Habermas promovierte und bis 2008 als Professor of Economics an der University of Nevada in Las Vegas lehrte. Hoppe wurde zu einer Ikone der extremen Rechten, wie der kanadische Historiker Quinn Slobodian feststellt. Warum, wird in seinem Buch „The God That Failed“ von 2001 deutlich. Dort erklärt er das Wahlrecht als die Erbsünde der Moderne, da es die „natürlichen Eliten“ entmachtet habe, während der von der Demokratie hervorgebrachte Sozialstaat eine Institution darstelle, die die Reproduktion der weniger Fähigen fördere und die Talentierte an der Entfaltung hindere [3]. In den USA erreichte das Buch offenbar Kultstatus, auch weil der Autor keinen Tabubruch scheute und seine Forderungen unverblümt äußerte: „There can be no tolerance toward democrats and communists in a libertarian social order. They will have to be physically separated and expelled from society.“ [4]

So verkörpert besonders Hoppe die großen Schnittmengen des Libertarismus mit den Zielen der Neuen Rechten. Er benennt einzelne Forderungen als Kern einer „populistischen Strategie für einen libertären Wandel“ [5]. Die „Masseneinwanderung“ müsse gestoppt werden. „Die Wellen von Immigranten“, so Hoppe, „die derzeit die westliche Welt überfluten, sind mit Horden von Sozialschmarotzern beladen, haben Terroristen hereingebracht, die Kriminalität erhöht, zur Verbreitung von No-go-Zonen geführt und unzählige ‚schlechte Nachbarn‘ hervorgebracht, die aufgrund ihrer fremdartigen Erziehung, Kultur und Traditionen weder Verständnis noch Wertschätzung für die Freiheit haben und zwangsläufig zu gedankenlosen zukünftigen Befürwortern des

Wohlfahrtsstaatssystems werden.“ In einer vollständig privatisierten libertären Ordnung, fährt der Autor fort, gäbe es kein Recht auf freie Einwanderung, denn Privateigentum bedeute Grenzen und das Recht des Eigentümers, nach Belieben auszuschließen. Einwanderung dürfe nur auf Einladung erfolgen, alle Einwanderer müssten „produktive Menschen“ sein und dürften „der Öffentlichkeit nicht zur Last fallen“.

Wenig überraschend insistiert Hoppe auf der „Beseitigung aller Sozialschmarotzer“ und damit jeder Form von staatlicher sozialer Unterstützung. „Denn nach den unerbittlichen Gesetzen der Ökonomie führt jede Subvention, die aufgrund eines angeblichen Bedarfs oder Mangels gewährt wird, zu einer Ausweitung und nicht Verringerung des Problems, das durch sie gemildert oder beseitigt werden soll. Die Ursache für den Unterklassenstatus einer Person – seine niedrige Impulskontrolle und hohe Zeitpräferenz, das heißt sein unkontrolliertes Verlangen nach sofortiger Befriedigung und die verschiedenen Begleiterscheinungen dieser Ursache wie Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholismus, Drogenmissbrauch, häusliche Gewalt, Scheidung, weiblicher Haushaltsvorstand, uneheliche Geburten, wechselnde männliche Mitbewohner, Kindesmissbrauch, Fahrlässigkeit und Kleinkriminalität – wird nicht verringert oder beseitigt, sondern verstärkt und gefördert.“

In die gleiche sozialdarwinistische Kerbe schlägt André Lichtschlag, Herausgeber der seit 1998 existierenden deutschen Monatszeitschrift eigentümlich frei. Lichtschlag ist unter anderem Autor der Wochenzeitung Junge Freiheit sowie der Theoriezeitschrift Sezession, beides zentrale Medien der Neuen Rechten. Laut Webauftritt hält sich eigentümlich frei selbst für „erfrischend libertär“ und sieht im Eigentum den „Schlüssel zur Freiheit“. Der „Massenmensch kollektivistisch-totalitärer Ideologien“ dagegen sei eine Nummer, austauschbar und gewöhnlich. Er müsse andere um Erlaubnis bitten und werde dabei zwangsläufig feige und verlogen.

In einem Gastbeitrag für Die Welt im Jahr 2006 forderte auch Lichtschlag, dass in Zukunft das Wahlrecht nur noch für „die Nettosteuerzahler, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft“ gelten solle. Ein solcher

„Wahlrechtsentzug für die Unproduktiven“ sei bereits in den 1970er-Jahren von dem Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek angedacht und später von Hans-Hermann Hoppe präzisiert worden. Heute, so Lichtschlag, sei „Weniger Demokratie wagen!“ der letzte Ausweg vor dem sicheren Gang in den Totalitarismus [6].

Im Editorial der aktuellen Ausgabe seiner Zeitschrift feiert der Herausgeber den argentinischen Präsidenten Milei, dessen Ziel es seit seinem Amtsantritt im November 2023 ist, möglichst viele gesellschaftliche Bereiche dem Markt zu überantworten. „Ein Jahr danach wurde in den USA der Antipolitiker Donald Trump zum Präsidenten gewählt, (...) angetreten nicht als Einzelkämpfer im Sumpf Washingtons, sondern mit einem vor Kraft strotzenden Team an Freiheitskämpfern um Elon Musk, JD Vance, Robert F. Kennedy Jr. und einigen anderen, um diesen Sumpf, den tiefen Staat trocken zu legen. Wie nun das amerikanische Dreamteam – und weiterhin auch Javier Milei in Argentinien und erste andere, die sich bereits in Europa anschließen – die Welt verändert, ist atemberaubend. Wir Libertären in und um eigentümlich frei haben erstmals seit 1998 die begründete Vermutung, dass sich das Blatt nun endlich zum Besseren, in Richtung mehr Freiheit wendet. Kann mich mal jemand zwicken, bitte?“ [7]

Die Rechtslibertären sehen sich aktuell im Aufwind und lassen die Sektkorken knallen.

Anmerkungen:

[1] Vgl. Pepe Egger: „Willkommen in der Broliarchie“, der Freitag vom 21. November 2024, Seite 6

[2] Vgl. Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie, Berlin, 2023, Seite 150ff.

[3] Vgl. ders., Seite 166

[4] Hans-Hermann Hoppe: Democracy: The God That Failed, New Brunswick and London, 2001, Seite 218

[5] Alle folgenden Zitate aus Hoppes Aufsatz „Libertäre und die Alt-Right-Strategie“ (2017) in: Hans-Hermann Hoppe: Über den demokratischen Untergang und die Wege aus der Ausweglosigkeit. Reden, Aufsätze und Interviews wider den links-grünen Zeitgeist, Berlin, 2020, Seite 123ff.

[6] André F. Lichtschlag: „Entzieht den NettoStaatsprofiteuren das Wahlrecht!“, Die Welt (Online) vom 19. September 2006

[7] Ders.: Editorial zu Heft 250 von eigentümlich frei, 24. Februar 2025

Beitrag zur Matinee „Was hilft gegen Rechtspopulismus?“ von Business Crime Control und KunstGesellschaft im Club Voltaire in Frankfurt am Main am 19. Januar 2025

Was hilft gegen Rechtspopulismus?

von Herbert Storn

Bei dem Titel kommen mir sofort die folgenden Assoziationen: Ist etwa „Linkspopulismus“ eine Alternative? Und sollte nicht überhaupt die vox populi in einer Demokratie einen besseren Klang haben, als sie ihn derzeit hat?

Oder ist vielmehr der Begriff „Populismus“ nicht ohnehin eine Irreführung? Ich meine: Ja. Denn praktisch keine Aussage von Politikerinnen und Politikern kommt heute ohne Dechiffrierung aus, wenn es sich nicht ohnehin nur um nichtssagende Werbesprüche oder gar dreiste Lügen handelt.

Deshalb meine Kernthese: Ein Großteil der kritischen Öffentlichkeit verengt den „Kampf gegen Rechts“ auf die AfD – während es in Wirklichkeit um eine Systemfrage geht, um die Zuspitzung von Widersprüchen in der ökonomischen Basis und die damit verbundene Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Klassen.

Gefühle zu mobilisieren reicht also nicht aus. Ohne Problemerkennung ist keine Problemlösung zu erwarten. Und selbst dann wird es schwierig.

Als erstes muss die eklatante Schiefelage bei Vermögen, Macht, Einfluss und Repräsentanz der Bevölkerung in den Blick genommen werden.

1,5 Prozent der deutschen Bevölkerung (enthalten in den obersten 25 Prozent) kommen auf 45 Prozent des Vermögens.

Die obersten 25 Prozent der Bevölkerung kommen auf 88,9 Prozent des Vermögens.

Die mittleren 25 Prozent der Bevölkerung kommen auf 11 Prozent des Vermögens.

Die untere Hälfte der Bevölkerung kommt auf 1,1 Prozent des Vermögens.

Die untersten 20 Prozent verfügen über kein Vermögen.

Quelle: Jens Berger, *Wem gehört Deutschland?*, Westend Verlag

Was es bedeutet, wenn sich über 400 Milliarden Dollar bei einer Person konzentrieren, kann gegenwärtig an Elon Musk studiert werden. Bisher konnten

sich die Gates, Zuckerbergs, Bezos oder Larry Fink von BlackRock einigermaßen gut den Blicken entziehen – es sei denn, sie wollten die Öffentlichkeit für sich nutzen. Das ist seit Trumps zweitem Wahlsieg anders geworden. Sie wollen sich gar nicht mehr verstecken.

In Deutschland sind wir es noch anders gewöhnt: Vermögen und Einfluss wurden bisher möglichst nicht zur Schau gestellt.

Das wenige Gute an Trump/Musk ist also: Die Katze ist aus dem Sack. Die Kulissen sind weg. Der Blick ist freigegeben.

Die Spaltung nimmt zu

Zweite Feststellung: Die soziale Spaltung nimmt fortlaufend zu, begünstigt durch eine Steuerpolitik, welche die Umverteilung von unten nach oben befördert. Das alles ist unbestritten.

Soziale Spaltung bedeutet sowohl Privilegierung als auch Diskriminierung oder, wie es Prof. Nicole Mayer-Ahuja in ihrer Rede beim diesjährigen DGB-Neujahrsempfang in Frankfurt am Main ausgedrückt hat: „Unterschiedlichkeit und Konkurrenz“.

An dieser Stelle ist es interessant, auf die Frage einzugehen, wer eigentlich die AfD bzw. die Rechten wählt bzw. wer überhaupt (noch) wählt.

Aus Untersuchungen wissen wir, dass der Anteil der Wählerinnen und Wähler mit dem Einkommen und der formalen Bildung wächst.

Auch bei den Wahlen in den USA 2024 stellten diejenigen, die nicht zur Wahl gegangen sind, mit 88,9 Millionen den größten Teil der Wahlberechtigten. Trump selbst wurde mit 77,3 Millionen Stimmen zum US-Präsidenten gewählt. Er stützt sich also auf knapp 32 Prozent der Wahlberechtigten.

Ähnlich war es bei der Landtagswahl 2023 in Hessen. Die Regierungskoalition in Wiesbaden wurde mit 1,397 Millionen Stimmen gewählt. An der Wahl haben sich 1,446 Millionen Wahlberechtigte gar nicht

beteiligt. Die Landesregierung stützt sich also auf knapp 33 Prozent der Wahlberechtigten.

In beiden Fällen kann sich die jeweilige Regierung nicht mehr auf eine Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung berufen. Das gilt inzwischen für die Mehrzahl der westlichen Demokratien.

Es gibt eine Untersuchung zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern. Sie haben bei der Landtagswahl 2023 in Hessen überdurchschnittlich AfD gewählt.

Einiges deutet darauf hin, dass es weniger die prekär Beschäftigten oder die Ärmern der Gesellschaft sind, die überhaupt wählen oder AfD wählen, sondern eher die Mittelschicht, die den Abstieg fürchtet. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind es vermutlich die gegenüber prekär Beschäftigten besser abgesicherten Facharbeiterinnen und Facharbeiter oder entsprechende Angestellte.

Klassenkampf von oben

Einer Politik, die den Weg der Privatisierung öffentlicher Güter verfolgt und dabei den Verfall der Infrastruktur auch noch für ihre Strategie benutzt, gleichzeitig sozialstaatliche Errungenschaften einem Dauerbeschuss aussetzt, kann kaum etwas anderes bescheinigt werden als ein verschärfter Klassenkampf von oben.

Erinnert sei an die Worte des heute 94-jährigen Warren Edward Buffett – mit geschätzten 141 Milliarden US-\$ Privatvermögen (Forbes 2025) einer der erfolgreichsten Vermögensvermehrter der Welt: „There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning.“ – „Es herrscht Klassenkrieg, klar doch, aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse, die den Krieg führt, und wir gewinnen.“ (Ben Stein: Interview in der New York Times, 26. November 2006)

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen bei VW können das ganz gut illustrieren:

Eine Milliarde Euro soll durch Gehaltsverzicht bei den regulär Beschäftigten eingespart werden, „um Arbeitsplätze zu retten“. Die Zahlen „im Hintergrund“ bleiben ausgeklammert, so sie überhaupt wahrgenommen werden:

1,2 Milliarden Euro musste VW wegen der Betrügereien durch das Management bislang an Bußgeld in Deutschland zahlen, 40 Milliarden Euro an Bußgeld in den USA.

1,58 Milliarden Euro betrug der Gewinn nach Steuern bei VW allein im 3. Quartal 2024.

4,5 Milliarden Euro schüttete die Volkswagen AG am 4. Juni 2024 für das Geschäftsjahr 2023 insgesamt an seine Aktionäre aus. Die Dividendenrendite liegt aktuell bei 11,05 Prozent, die Ausschüttungen haben sich in den letzten 3 Jahren um 78,88 Prozent erhöht.

Trotz allem verdienten die zehn Mitglieder des VW-Vorstands 2023 40 Millionen Euro, davon VW-Vorstandsvorsitzender Oliver Blume 9,7 Millionen.

Solche Verhältnisse können durchaus in Wut und Gegenwehr umschlagen.

In Italien lässt sich dies ebenso beobachten wie in Frankreich. So hat die „postfaschistische“ Meloni-Regierung in Italien eine Gesetzesvorlage eingebracht, die dazu dienen soll, alle möglichen Protestformen gegen Sozialabbau rechtlich zu sanktionieren. Es gab Proteste von Hunderttausenden dagegen.

In Frankreich sagte der ehemalige Vizepräsident des französischen Unternehmerverbandes Medef, Denis Kessler schon vor 18 Jahren: „Es geht darum, die zwischen 1944 und 1952 formulierten ‚Reformen‘ zu verlassen und mit Methode das gesamte Programm des Conseil nationale de la Résistance auseinanderzunehmen (...); ohne Ausnahme.“

Auf Deutschland übertragen hieße das, alle Fundamente des Sozialstaats, die als Antwort auf den Hitler-Faschismus und seine Kollaboration mit dem Kapital nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgten, zu schleifen. Erinnert sei an das „Ah-lener Programm“ der CDU von 1947.

Neue Stufe des Sozialabbaus

Fazit: Um eine neue Stufe des Sozialabbaus geht es gegenwärtig – und die AfD ist nur eine Schraube, mit der alles wieder zurückgedreht werden soll. In den Medien dagegen scheint es hauptsächlich um eine Verwilderung von Moral und Diskurs zu gehen.

Ausnahmen bestätigen die Regel: So kritisierte Stephan Hebel in der Frankfurter Rundschau, dass die Parteien der „Mitte“ „erhebliche Anleihen beim Neoliberalismus“ machen. Nicole Mayer-Ahuja geht weiter und sieht „zwei Prinzipien, die nicht zueinander passen: Demokratie und Kapitalismus“.

Deshalb spreche ich von der „Fiktion Demokratie“ (wenn nämlich Demokratie mit prinzipiell gleichen Einflussmöglichkeiten gleichgesetzt wird – statt nur mit „Institutionen“ oder Prinzipien wie Gewaltenteilung).

Konrad Ege sagte in der Wochenzeitschrift Freitag (Nr. 2/25) über Trump: „Da braucht es keinen ‚Faschismus‘ im traditionellen Sinn. Das Bündnis mit der Oligarchie reicht.“

Stephan Hebel sagt: Eine wirkliche Reformpolitik, wie er sie versteht, sei bei den Parteien der nächsten Bundesregierung kaum vertreten. Er meint damit eine Reformpolitik, wie sie bei Meinungsumfragen immer wieder mehrheitlich gefordert wird, z.B. dass es bei Gesundheit und Bildung nicht um Gewinnerzielung gehen solle.

Der Bevölkerung bleibt aber nicht viel Spielraum. Für die demokratische Einflussnahme gibt es im Prinzip nur drei Möglichkeiten:

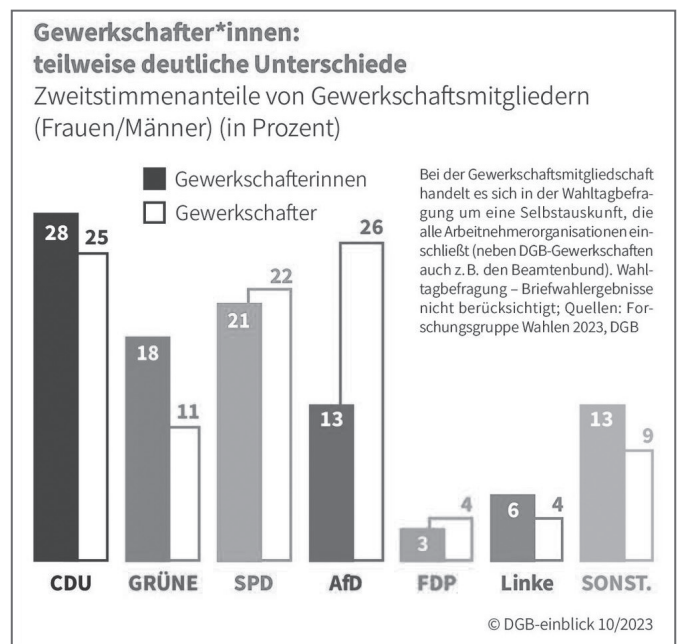
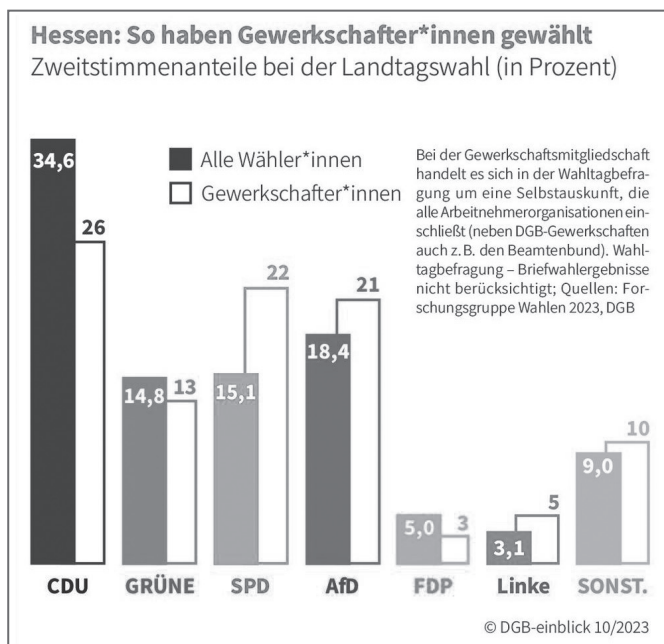
- einer nachteiligen Politik entgegenzutreten
- sie als „alternativlos“ zu akzeptieren
- sie achselzuckend über sich ergehen zu lassen, weil man sich nicht in der Lage sieht, daran etwas zu ändern.

Wie dem entgegnet?

Hier kommt die Systemfrage wieder ins Spiel – ohne die wir bei der Beantwortung der eingangs gestellten Frage nicht auskommen.

Es geht nämlich nicht nur – und nicht einmal vorrangig nur – um Privatpersonen (wie es gegenwärtig den Anschein hat), sondern mehr noch um juristische Personen, um Unternehmen und ihre Antriebsmechanismen, die Kapitalrendite.

„Die führenden multinationalen Konzerne sind längst politische Akteure und nicht



bloß Zaungäste in globalen Angelegenheiten.“ (Makronom 2018)

Wenn die Einkünfte von Unternehmen mit denen von Staaten verglichen werden, lässt sich feststellen: 69 der reichsten Einheiten des Planeten sind Unternehmen und nicht Staaten (Global Justice Now 2018 mit Zahlen zu 2017).

Die wahren Entscheider sind längst die großen, „systemrelevanten“ multinationalen Player und die Regierungen, die sie stützen. Das relativiert den Einfluss von Wahlen noch einmal erheblich (siehe dazu meinen Beitrag in Makroskop Nr.7/2023).

Die Erfahrung von Ohnmacht oder Einflussverlust begünstigt aber die AfD.

Der verstorbene Soziologe Ulrich Beck hat die Folgen dieser Entwicklungen Ende der 1980er Jahre in seinen Büchern „Risikogesellschaft“ und „Gegengifte – Die organisierte Unverantwortlichkeit“ bereits beschrieben. Sie äußern sich in der Zunahme von Krisensituationen – mit ein Grund, dass 2023 „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres benannt wurde.

Ulrich Beck schlug schon damals vor: „Die zentrale Frage, auf die die politische Entwicklung in der Gefahrenzivilisation zuspitzt, ist die Neuverteilung und demokratische Gestaltung der Definitionsmacht.“ „Andere Kontroll- und Steuerungsverhältnisse, andere Mitbestimmungsverhältnisse“ seien nötig.

Damit bin ich bei der Beantwortung der Frage: Was hilft gegen Rechtspopulismus?

1. Ich halte es für hilfreicher, unscharfe Begriffe durch klare Begriffe zu ersetzen, in diesem Fall Links versus Rechts durch Kapital versus Arbeit. Das würde den Blick neu ausrichten und ungeeignete Bündnispartner gegen geeignete austauschen.
2. Wer Demokratie realisieren will, muss die Machtverhältnisse in den Blick nehmen und Macht einhegen.

Dafür gibt es viele Wege:

Zusammenschlüsse statt Individualisierung, Gewerkschaften, Solidarität statt Konkurrenz.

Erhalt der Gemeingüter, Kampf gegen Privatisierung, weil Privatisierung die gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten einschränkt.

Gemeinwohl statt Rendite.

Engagement in gemeinschaftlichen Initiativen.

Rechtspopulismus

Thesen zur Diskussion

von Reiner Diederich

Beitrag zur Matinee „Was hilft gegen Rechtspopulismus?“ von Business Crime Control und KunstGesellschaft im Club Voltaire in Frankfurt am Main am 19. Januar 2025

Eine Mehrheit (etwa Zwei-Drittel) der Bundesbürger:innen sagt seit langem bei Meinungsumfragen, dass Einkommen und Vermögen sowie die Steuerzahlungen sehr ungleich und ungerecht verteilt sind.

Eine Mehrheit (etwa Zwei-Drittel) sagt auch, dass zu wenig für den Umweltschutz und gegen die Ursachen und Folgen des Klimawandels getan wird.

Eine weltweite Umfrage zum Thema wirtschaftliche Ungleichheit erbrachte folgendes Ergebnis: „In keinem der untersuchten Länder gab ein höherer Prozentsatz der Befragten an, dass Ungleichheit mindestens ein ‚einigermaßen großes Problem‘ sei, als in Deutschland mit 92 Prozent. 61 Prozent sagten sogar, dass sie ein ‚sehr großes Problem‘ sei. – Die Reichen sorgen dafür, dass die Kluft so groß bleibt, indem sie die Politiker bearbeiten: Das ist die Ursachendeutung der wirtschaftlichen Ungleichheit, die in der Umfrage am meisten Anklang fand. Rund 60 Prozent teilen die Analyse, dass reiche Personen zu viel politischen Einfluss haben und dadurch in großem Maße zur Ungleichheit beitragen.“ („Deutsche finden Ungleichheit besonders gravierend“, in: F.A.Z. vom 10. Januar 2025)

Das zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen durchaus ein zumindest ansatzweise realistisches Bild von den Verhältnissen hat und diejenigen nicht Recht haben, die davon ausgehen, dass das Bewusstsein der Menschen weitgehend von Meinungsmachern und Einflussagenturen bestimmt wird.

Wie kommt es dann, dass dennoch die Hälfte der Wähler:innen – wie gerade wieder bei der Bundestagswahl – Parteien bevorzugt, die an diesen Missständen wenig oder nichts ändern wollen, die sich

gegen Vermögens- und Erbschaftssteuern und gegen zureichende Maßnahmen zum Klimaschutz wenden und wehren?

Dafür gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Dazu später.

Zunächst einmal: Die Einkommens- und Vermögensverteilung spiegelt die soziale Schichtung der Bevölkerung und das wider, was als Klassenspaltung bezeichnet werden kann. Die einen verfügen über die Produktionsstätten und -mittel, über die Unternehmen und Banken – die anderen nur über ihre Arbeitskraft, müssen sich deshalb in Lohn- und Gehaltsabhängigkeit begeben.

Die daraus folgenden Interessenkonflikte können entweder wahrgenommen und ausgefochten oder verdeckt und verschleiert werden. Schon die Rede von „der Wirtschaft“, „dem Markt“ oder „dem Wohlstand“ dient dazu, unterschiedliche Positionen und Interessen zum Verschwinden zu bringen. Geradezu grotesk sind Artikelüberschriften wie „Private Haushalte so reich wie nie“ im Wirtschaftsteil der ansonsten nicht unkritischen Frankfurter Rundschau (2. Januar 2025).

Nur zur Erinnerung: In den 1990er Jahren „lag der Spitzensteuersatz noch bei rund 57 Prozent (heute bei 45 Prozent) und es wurden auch die Erträge aus größeren Vermögen besteuert. Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes und der Aussetzung der Vermögenssteuer 1997 nahm in Deutschland die soziale Ungleichheit systematisch zu. Heute liegt die Armut bei 16,7 Prozent, während die reichsten zehn Prozent zwei Drittel der Privatvermögen besitzen.“ (Thomas Gebauer: „Gerecht besteuern. Ein Plädoyer aus Sorge um die Demokratie“, in: Frankfurter Rundschau vom 4./5. Januar 2025)

Man kann versuchen, die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut durch globale oder durchschnittlichen Zahlenangaben zu überdecken. Es gibt aber noch andere, tiefer greifende Möglichkeiten der Verschleierung. Die Schicht- und Klas-

senstrukturen der Gesellschaft können umdefiniert und umetikettiert werden.

Ethnisierung sozialer Konflikte

Charakteristisch für rechtspopulistische und extrem rechte Auffassungen ist es, dass die gesellschaftliche Spaltungs- und Konfliktachse aus der Vertikalen in die Horizontale gedreht, also quasi verdreht wird. Aus dem Gegensatz zwischen Oben und Unten, Mächtigen und Abhängigen, Kapital und Arbeit wird so ein Gegensatz zwischen Innen und Außen, Einheimischen und Fremden. Fremd sind dabei nicht nur Einwandernde und Asylsuchende, sondern auch „globalistische Eliten“, die von außen hineinregieren und steuern wollen.

Dagegen müsse sich die Gemeinschaft der Einheimischen schützen und zur Wehr setzen. Zu dieser Gemeinschaft gehören nicht nur abhängig Arbeitende, sondern auch Selbstständige und die „nationale“ Unternehmerschaft. Tendenziell ausgeschlossen aus ihr werden „asoziale Elemente“, „nicht Arbeitswillige“ und „nicht Integrationsfähige“. Diese Vorstellung entspricht einer Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Konflikte, während ihr sozialstruktureller, systemischer und ökonomischer Hintergrund verleugnet wird.

Damit verbunden ist auch eine Ethnisierung des Kapitals – es wird in „gutes“, nationales und „schlechtes“, internationales (vorzugsweise „angelsächsisches“ oder, bei den Neonazis, „jüdisches“ Finanzkapital) unterschieden. Wem das nützt, dürfte auf der Hand liegen.

Die Ethnisierung des Sozialen verwandelt gesellschaftliche Verhältnisse in solche der Natur und der Kultur – die festliegenden biologische oder kulturelle Herkunft und Zugehörigkeit der Beteiligten werden wichtiger als ihre veränderbare soziale und politische Position.

Wenn man sich das Programm und die Propaganda der AfD anschaut, so findet man darin weder Forderungen nach einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung noch nach mehr Steuergerechtigkeit. Stattdessen wird gefordert, die Zuwanderung zu begrenzen und das Bürgergeld abzuschaffen, um finanzielle Belastungen zu vermeiden. In abgeschwächter Form finden sich solche Forderungen auch bei der CDU/CSU und der FDP.

Die Verteilungsfragen werden hier nicht auf der vertikalen Oben/Unten-Achse, sondern auf der horizontalen Innen/Außen-Achse

verortet. Man könnte dies als „große Ablenkung“ bezeichnen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat es einmal „verschobenen Klassenkampf“ genannt.

Steuarentlastungen – für wen?

Nach den im Bundestagswahlkampf vorgestellten Plänen der AfD soll die ungleiche und ungerechte Verteilung zwischen Oben und Unten noch krasser werden: „Laut den Recherchen des DIW-Experten Stefan Bach schlägt die AfD insgesamt Steuarentlastungen in Höhe von 182 Milliarden Euro im Jahr vor. Davon würden allein schon 68 Milliarden Euro an die reichsten 10 Prozent gehen. Das oberste Prozent der Bestverdiener würde nach Wünschen der AfD mit satten 34 Milliarden Euro entlastet werden. So soll nicht nur der Soli für Hochverdiener komplett wegfallen, sondern das Steuerrecht insgesamt stark vereinfacht werden. Auch die Erbschafts- und Grundsteuer soll abgeschafft werden. Ökonom Bach kommt via X zum Urteil, dass die versprochenen Entlastungen in Höhe von 182 Milliarden Euro ‚fiskalisch utopisch‘ seien. Wenn man diese Agenda umsetzen und gegenfinanzieren wolle, würde das ‚umfassende Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, deutliche Kürzungen bei öffentlichen Leistungen, Sozialleistungen und Subventionen‘ bedeuten. Dies wiederum würde vor allem die Armen und die Mitte belasten.“ (Marcel Görmann: „AfD: Alice Weidel will den Reichsten 34 Milliarden Euro Steuern schenken“, in: Der Westen vom 2. Januar 2025)

Die Verschleierung und Umdefinierung des Verteilungskonflikts entspricht dem, was der in rechten Kreisen und Medien bis hin zur F.A.Z. anerkannte, ansonsten wegen seiner NS-Verstrickung umstrittene Staatsrechtslehrer Carl Schmitt als „Wesen des Politischen“ benannt hat: Es gehe dabei immer darum, den Gegner oder Feind zu bestimmen. Schmitt meinte dies durchaus instrumentell, dezisionistisch und machiavellistisch – nicht etwa in dem Sinn, dass es darum gehe, herauszufinden, wer der wirkliche bzw. objektive Gegner oder Feind ist. Die falsche Feindbestimmung und manipulative Feindbilder gehören vielmehr, wenn es nützt, zum politischen Handwerkszeug.

Aufklärung über rechtspopulistische Propaganda

Über rechtspopulistische Propagandamethoden und Diskursstrategien aufzuklären

bleibt eine ständige Aufgabe. Wenn man die Umdefinierung und Verschiebung des Verteilungskonflikts als Trick kenntlich machen und aufdecken kann, ergibt sich vielleicht die Möglichkeit, mit potentiellen Wähler:innen der AfD ins Gespräch über ihre Sorgen und Nöte zu kommen. Keiner wird schließlich einen Cent mehr Lohn oder Rente bekommen oder weniger Miete zahlen müssen, wenn die Grenzen gegen Zuwanderer noch dichter gemacht werden oder ihre „Remigration“ gefördert bzw. erzwungen wird.

Damit sollen die realen Probleme, die durch die Migration entstehen, nicht verschwiegen oder weggewischt werden. Deren Lösung ist ebenfalls mit der Verteilungsfrage verbunden – national wie international. Schließlich ist die Migration eine Folge der weltweiten Ungleichheit von Lebenschancen, die selbst unter anderem auch ein Resultat kolonialer und neokolonialer Ausbeutung ist. Die Migration ist nicht die „Mutter aller Probleme“, wie es der Innenminister Horst Seehofer von der CSU seinerzeit verkündete und wie es alle Rechtspopulisten nachsprechen. Diese Vertauschung von Ursache und Wirkung ist typisch für rechte Propaganda.

Das Migrationsthema eignet sich wie kein anderes als Projektionsfläche für Ängste vor Krisen, sozialem Abstieg und Kontrollverlust oder als Spielfeld für Ersatzhandlungen.

Einen anderen Propaganda-Trick hat Alice Weidel im Gespräch mit Elon Musk vorgeführt. Um die Vorwürfe gegen die AfD, rechtsextrem oder „nazi“ zu sein abzuwehren, drehte sie den Spieß um und behauptete, Hitler sei Kommunist gewesen. Beweis: Er habe schließlich seine Partei national-sozialistisch genannt und Unternehmen verstaatlicht. Sie nahm damit nicht nur die sozialdemagogische Maskierung der Nazis ernst, die den Zweck hatte, Lohnabhängige und kleine Selbstständige für sich zu gewinnen, sondern setzte noch einen drauf. Mächten Hitler und die Seinen aus Antikapitalismus Antisemitismus, so versuchte Weidel aus Antifaschismus Antikommunismus zu machen, um so das gängigste Feindbild zu bedienen und sich selbst und die AfD aus dem Schneider zu bringen.

Was zu tun wäre

Gegen die angebliche „Alternative für Deutschland“ hilft letzten Endes nicht eine für die meisten eher abstrakt bleibende Beschwörung von Freiheit und De-

mokratie, sondern eine wirklich alternative Politik: Umverteilung von oben nach unten statt umgekehrt; Maßnahmen gegen die fortschreitende Umweltzerstörung und die drohende Klimakatastrophe nicht auf Kosten Geringverdienender, sondern mit sozialem Ausgleich; Einschränkung und demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht; Orientierung auf eine Gemeinwohlökonomie.

Eine solche Politikwende wäre im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Warum gelingt es gegenwärtig noch kaum oder nicht genügend, dieses Interesse geltend zu machen? Warum verzeichnen stattdessen rechte Parteien Wahlerfolge? Dafür gibt es verschiedene Erklärungen – einige Aspekte seien hier genannt.

Einer ist sicherlich, dass es bequemer und ungefährlicher erscheint, den eigenen Unmut auf dafür bereitgestellte Sündenböcke zu lenken, statt auf die tatsächlichen Ursachen der Beschwerden. Auch gibt es die bekannte Kluft zwischen objektiv richtigen Erkenntnissen und subjektivem Handeln. So sind viele für mehr Umweltschutz, kaufen sich aber Waren, die sie bei kritischer Überprüfung gar nicht unbedingt benötigen oder deren ökologischer Fußabdruck im Verhältnis zu ihrem Gebrauchswert viel zu hoch ist.

Diese Widersprüche im Bewusstsein hat Antonio Gramsci einmal mit der Überlagerung von Schichten des Denkens, Wissens und Fühlens erklärt, die sich aus vielfältigen Einwirkungen und Erfahrungen herausbilden. So macht in der eingangs zitierten Umfrage zur wirtschaftlichen Ungleichheit einerseits eine Mehrheit den „Einfluss von Reichen“ für diese Ungleichheit verantwortlich, andererseits glauben immerhin 40 Prozent, „dass einige Menschen einfach härter arbeiten als andere und damit eine Einkommenskluft entsteht. Für weitere 39 Prozent spielt dieser Faktor zumindest eine gewisse Rolle.“ Das heißt, dass die meritokratische Ideologie von der Leistungsgesellschaft immer noch so tief verankert ist, dass sie sich entgegen allen Tatsachen und sogar entgegen dem besseren Wissen behauptet. Denn wer könnte im Ernst meinen, dass die Quandt-Erbin Susanne Klatten ihren „Stundenlohn“ von 1,15 Mio. Euro durch „harte Arbeit“ verdient hat?

Es gibt außerdem immer die Versuchung, sich vom Schein, von der Performance blenden zu lassen. Wutsprüche gegen das Establishment und radikales Auftreten täuschen darüber hinweg, dass es sich bei neurechten Bestrebungen – wie schon ihre Bezugnahme auf die „Konservative Revolution“ der 1920er Jahre zeigt – letzten Endes nur um eine rückwärtsgegangene Rebellion im Dienste des Bestehenden handelt.

Rechte Verschwörungsmythen werden attraktiv, wenn man den Geheimnissen der Kapitalverwertung nicht auf die Spur kommen kann oder will. Dann erscheinen die Gewinnmacherei und deren politische Absicherung als Ergebnis der Machenschaften mächtiger Personen „hinter den Kulissen“, nicht als etwas Systemisches und Systembedingtes, in dem man selbst als Lohn- oder Gehaltsabhängiger und als Konsument eine Rolle spielt, also auch die Chance hätte, etwas zu verändern oder anders zu machen.

Der Rechtspopulismus und die extreme Rechte formulieren eine in Ansätzen vorhandene Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem und die wachsende Desillusionierung über die an es angepassten Parteien und ihre Politik in personalisierende und dämonisierende Narrative um. Diese sind wirkungsvoll, für viele faszinierend und verführerisch. Deshalb werden Organisationen und Agenturen, die sie verbreiten, wie man nicht nur in den USA gerade sieht, auch von Reichen und Mächtigen unterstützt und finanziert.

Am 16. Dezember 2024 erschien in der italienischen Wirtschaftszeitung *Il Sole 24 Ore* unter der Rubrik Wirtschaft und Kriminalität ein Artikel über die Beschlagnahmung und Verwendung illegal erlangter Vermögenswerte in Italien [1]. Mit dem Gesetz Rognoni-La Torre vom 13. September 1982 (Artikel 416 ff. im italienischen Strafgesetzbuch) wie u.a. in den USA als Vorreiterin – gibt es schon seit langem gesetzliche Möglichkeiten für die Beschlagnahmung und Übertragung illegal erlangten Vermögens. Deutschland hat erst verspätet im Zuge der Überführung der EU-Richtlinie 2014/42/EU in innerstaatliches Recht mit dem Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, das am 1. Juli 2017 in Kraft trat, rechtliche Möglichkeiten geschaffen. Im Unterschied zu Italien fließen die illegal erlangten Vermögenswerte in der Regel über die Justizministerien den Länderhaushalten zu, die über die Mittelverwendung bestimmen.

Beschlagnahme und Verwendung illegal erlangter Vermögenswerte in Italien

von Norbert Neumann

Eine Übertragung für soziale Zwecke wie in Italien existiert nicht [2].

Der Artikel in *Il Sole 24 Ore* enthält eine interessante Statistik über die aktuellen Übertragungen illegal erlangten Vermögens an die Kommunen und nennt auch die hauptsächlichen Hindernisse für diese administrativen Prozesse, die insbesondere Geldmittel und Bürokratie betreffen.

Im Jahr 2024 wurden der Statistik zufolge 24.789 Güter übertragen, was ein Wachstum von 77,24 Prozent im Vergleich zu

2010 darstellt. Von diesen beschlagnahmten Gütern sind 8.495 Grundstücke (plus 80,89 Prozent im Vergleich zu 2010). Die meisten Beschlagnahmungen erfolgten in Sizilien mit 9.480 Gütern, wovon 4.094 Grundstücke betreffen (48,19 Prozent der Beschlagnahmungen und Übertragungen), gefolgt von den Regionen Kampanien (3.980 Güter, davon 975 Grundstücke) und Kalabrien (3.499 Güter, davon 1.544 Grundstücke), was nicht überraschend ist, da dies die Dominanz der organisierten Kriminalität in Süditalien widerspiegelt.

Am geringsten waren die Beschlagnahmungen in der kleinen Region Molise. Allerdings fällt auf, dass die wirtschaftlich prosperierende Region Lombardei schon an vierter Stelle der Statistik auftaucht (2.108 Güter, davon 268 Grundstücke). Schon seit Jahrzehnten wird in der Forschung auf das Phänomen hingewiesen, dass die organisierte Kriminalität im wohlhabenden Norden investiert. Die Statistik wird von der 2010 gegründeten nationalen Behörde ANBSC (Nationale Behörde für die Verwaltung und Übertragung der von der organisierten Kriminalität beschlagnahmten Güter) erstellt.

Die beschlagnahmten Güter kommen in den legalen Umlauf und werden der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt. Dabei gibt es unzählige Schwierigkeiten und es sind erhebliche Ressourcen dafür notwendig, um den Gewinn für die Gesellschaft zu erhöhen und die Prozesse effizienter zu gestalten. Die Beobachtungstelle OPPAL (Permanente Beobachtungsstelle der lokalen öffentlichen Verwaltung) am Politechnikum in Mailand hat nun ihren 17. Bericht mit dem Titel „Die Effizienz der Beschlagnahmungsprozesse“ veröffentlicht und hebt darin die große Bedeutung der lokalen Verwaltungen bei der Übertragung illegal erlangter Vermögenswerte hervor.

Auf eine Umfrage der OPPAL haben 45 von 107 Kommunalverwaltungen geantwortet (28 davon in Norditalien, 8 in der Mitte Italiens und 9 in Süditalien). Insbesondere sollen durch die Übertragungen soziale Zwecke, der Dienstleistungssektor und die allgemeine Wohlfahrt gefördert werden. Eigentumswohnungen (53,4 Prozent aller Beschlagnahmungen) werden so studentischen Wohnzwecken

zugeführt. Aber auch ausländischen Unternehmen werden Grundstücke anvertraut; deren Nutzung und Kultivierung wird von der Royal Institution of Chartered Surveyors Italia (RICS) begleitet. Der Prozess von der Frage nach der Erlaubnis zum Nutzung dieser Güter bis zur Überlassung hat sich der Beobachtungsstelle OPPAL zufolge im Jahr 2023 auf 112 Tage von 132 Tagen im Jahr 2022 verkürzt.

Den mitunter schlimmen Zustand der Vermögenswerte, insbesondere der Immobilien, hat schon 2014 ein lesenswerter Bericht der Open-ended Intergovernmental Working Group on Asset Recovery drastisch an einem Beispiel geschildert:

„Das Anwesen scheint einem schweren Luftangriff ausgesetzt gewesen zu sein. Dieser Vergleich soll eine Vorstellung von der Verwüstung und der absoluten Abscheu gegenüber dem Eigentum vermitteln, das zwangsweise an den Staat übertragen wurde.“[3]

Die Zerstörungswut greift dem Bericht zufolge deshalb, weil zwischen der Beschlagnahmeentscheidung und der formellen Übertragung einige Zeit vergeht. Daraus wird auch erkenntlich, dass erhebliche finanzielle Mittel erforderlich sind, um diese beschlagnahmten Vermögenswerte einer Nutzung zuzuführen.

Noch ist unklar, was sich in Deutschland mit der geplanten Errichtung einer nationalen Behörde zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ändern wird. In Italien ist das administrative Dispositiv jedenfalls deutlich weiter entwickelt als in Deutschland, wo es keine nationale Statistiken zur Vermögensbeschlagnahmung und zur Nutzung illegal erlangter Güter gibt.

Norbert Neumann ist Übersetzer des 1982 in Italien erschienenen soziologischen Klassikers „Die unternehmerische Mafia“ von Pino Arlacchi. Das Buch ist 1989 unter dem Titel „Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus“ im Coöperative Verlag Frankfurt a.M. erschienen. 2007 wurde in Italien eine Neuauflage mit einem langen Ergänzungskapitel: „Von Kalabrien in den Mittelpunkt der Hölle“ publiziert, in dem Arlacchi u.a. kritisch über seine Erfahrungen als Leiter der UN-Anti-Drogenbehörde (heute: United Nations Office on Drugs and Crime) in Wien berichtet, insbesondere über das um die Jahrtausendwende initiierte Projekt Asset Recovery zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Anmerkungen:

- [1] „Dai beni confiscati un tesoretto che premia le imprese sociali“, Il Sole 24 Ore, 16.12.2024, Nr. 347, S. 7. Übersetzt: Aus den beschlagnahmten Vermögenswerten ein Schatz, der gemeinnützige Unternehmen belohnt.
- [2] Siehe Grundlagen der Vermögensabschöpfung, Kurzinformation, Deutscher Bundestag, §§ 73-76b StGB, WD 7 – 3000 – 088/21 (27.08.2021). Die EU-Financial Action Task Force hat in ihrem Länderbericht im August 2022 für Deutschland für die Jahre seit 2017 bis 2022 einen erheblichen Anstieg der Ressourcen zur Vermögensabschöpfung und damit verbundene Erfolge konstatiert, allerdings auch bemerkt, dass diese noch hinter dem Risikoprofil zurückliegen, siehe: Anti-money laundering and counter-terrorist financing measures. Germany. Mutual Evaluation Report, August 2022.
- [3] Open-ended Intergovernmental Working Group on Asset Recovery, Eighth meeting, Vienna, 11.-12.09.2014. The Italian experience in the management, use and disposal of frozen, seized and confiscated assets, S. 20. Die working group ist hervorgegangen aus einer Arbeitsgruppe der Region Kalabrien und dem United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) Anfang 2014.



Impressum:

Herausgeber: Vorstand von Business Crime Control e.V.

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich, Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:

big-redaktion@businesscrime.de

BIG Business Crime online:

www.businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio